
Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie

Wolfgang Merkel

Zusammenfassung

Eine neue Konfliktlinie beginnt in Europa die Parteienlandschaft zu verändern. Der Konflikt fokussiert auf die Frage: Wie stark sollen die Grenzen des Nationalstaats geöffnet oder geschlossen werden? Die „Grenzfrage“ bezieht sich dabei umfassend auf Güter, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitskräfte, Flüchtlinge, Asylsuchende, Menschenrechte oder aber die Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen zugunsten supranationaler Regime und transnationaler Politik. Die neue Konfliktlinie besitzt eine ökonomische und eine kulturelle Dimension. Auf der einen Seite sammeln sich die Kosmopoliten als Grenzöffner und Vertreter universaler Menschenrechte. Kosmopoliten sind die Globalisierungsgewinner, besser gebildet und ausgestattet mit mobilen Human-, Sozial- und Kulturkapital. Auf der anderen Seite stehen als tendenzielle Globalisierungsverlierer die Kommunitaristen mit vergleichsweise niedriger Bildung, geringerem Einkommen und lokal-stationärem Human-, Sozial- wie Kulturkapital. Sie bekunden ein hohes Interesse an nationalstaatlichen Grenzen. Die ökonomische und kulturelle Konfliktdimension überlappen sich in erheblichem Maße.

Erklären lässt sich der sich formierende *cleavage* mit einer Repräsentationslücke in den europäischen Parteiensystemen. Es hat sich in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine anwachsende Gruppe von Bürgern gebildet, die sich weder ökonomisch noch diskursiv oder kulturell von den etablierten Parteien repräsentiert fühlt. In diese Repräsentationslücke haben sich in West- wie Osteuropa die Rechtspopulisten eingenistet. Die Dynamik ihrer zunehmenden Wahlerfolge und die Tatsache, dass in der einstigen demokratischen Vormacht der Welt mit Trump ein Präsident gewählt wurde, der sich rechtspopulistischer Techniken bedient und nationalistische Inhalte vertritt, wird die neue Konfliktlinie weiter verstetigen.

1 Einleitung

Die Globalisierung hat die Welt verändert. Sie hat die wirtschaftlichen, kommunikativen, kulturellen und politischen Beziehungen der Staaten zueinander in einer bisher unbekannten Weise verdichtet. Gleichzeitig hat sie das Innere der Gesellschaften selbst verwandelt: ihre Strukturen, Institutionen, Organisationen, Verfahren, Verteilungsrelationen, Klassen, Schichten, Diskurse und Rechtsnormen. Die Treiber waren technologische Innovationen, wirtschaftliches Gewinnstreben, aber immer wieder auch politische Entscheidungen beginnend mit Thatchers und Reagans neoliberaler „Revolution“ am Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, dann mit der konsentierten Verbriefung der Globalisierung im Washington Consensus von 1990 bis hin zum *Third Way* der US-Demokraten und wichtigsten sozialdemokratischen Parteien West- und Osteuropas um die Jahrtausendwende. Die kaum bezweifelte Folge war die Wiederkehr verschärfter sozioökonomischer Ungleichheit innerhalb der OECD-Staaten. Dies ist oft beschrieben, bisweilen auch analysiert worden. So besteht keine Notwendigkeit, es an dieser Stelle zu wiederholen.

Ich will mich vielmehr auf die *politischen Herausforderungen* der Globalisierung konzentrieren und deren Komplexität auf eine einzige normative Frage reduzieren: Wie weit sollen die Grenzen der Nationalstaaten geöffnet und inwieweit sollen sie geschlossen werden? Die Öffnung und Schließung der Grenzen wird hier in einem ausgreifenden Sinne verstanden. Es geht um die Öffnung von Grenzen für Güter, Kapital und Dienstleistungen ebenso wie um die Fragen von Migration, der Universalität der Menschenrechte,¹ der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung, des Klimawandels oder der Verlagerung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte auf supranationale Organisationen und Regime. Ich werde mich bei der empirischen „Beweiserhebung“ vor allem auf die Daten eines kollektiven Forschungsprojekts am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) beziehen, das von Ruud Koopmans, Michael Zürn und mir geleitet wurde.²

Hinter der normativen Formulierung (Wie weit *sollen* Grenzen geöffnet oder geschlossen werden?) stecken zunächst empirische Fragen, vor allem diese beiden:

-
- 1 Ich beziehe mich hier zunächst nur auf die sogenannte erste Generation der Menschenrechte, d. h. der negativen Abwehrrechte, und nicht auf die hinsichtlich ihrer Universalität problematischeren positiven Beteiligungsrechte (zweite Generation) oder sozialen Rechte (dritte Generation).
 - 2 Die meiste empirische Arbeit im Projekt „Cosmopolitanism and Communitarianism – How Globalization is Reshaping Politics in the 21st Century“ leisteten Oliver Strijbis, Celine Teney und Pieter de Wilde.

1. Welche gesellschaftlichen Veränderungen hat die Öffnung von Grenzen im Zuge der Globalisierung bewirkt? Haben sie zu einer neuen Konfliktlinie in den entwickelten Demokratien des kapitalistischen Westens einerseits oder defekten Demokratien außerhalb der Kernländer der OECD andererseits geführt? Knapper ausgedrückt, lässt sich eine neue Konfliktlinie zwischen den kosmopolitischen Globalisierungsgewinnern und den kommunitaristischen Globalisierungsverlierern oder Globalisierungsskeptikern erkennen?³
2. Nach Beantwortung dieser empirischen Fragen kann, ja muss erneut gefragt werden: Wie geht man mit der Frage der Grenzen und ihrer Öffnung so um, dass unsere Demokratien gerechter, solidarischer und demokratischer⁴ werden und nicht umgekehrt? Hier soll abschließend noch einmal die Frage nach der demokratischen Legitimität demokratischer Ordnungen in Zeiten kosmopolitischer und kommunitaristischer Herausforderungen gestellt werden.

2 Konfliktlinien

Neben Harry Eckstein (1966), Allardt und Pesonen (1967) prägten insbesondere Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (1967) den Begriff des *cleavage* (Konfliktlinie) für die moderne Parteienforschung. Interessanterweise beschrieben Lipset und Rokkan zwar die historische Sequenz und Herausbildung von vier klassischen Konfliktlinien, aber definierten den Begriff selbst nicht eindeutig. Nicht zuletzt deshalb wird der Begriff von Soziologen und Politikwissenschaftlern, aber auch innerhalb der Politikwissenschaft, unterschiedlich verwendet. Stefano Bartolini (2005: 16) kritisierte diesen ungewollten begrifflichen Pluralismus und wies unter Rückgriff auf das Marx'sche Gesellschafts- und Politikverständnis darauf hin, dass es eine enge kausale Verbindung zwischen sozialen Konfliktlagen und der jeweiligen politischen Ordnung gibt. Bartolini erweitert den Begriff *cleavage* zu einem analytischen *Konzept*, das sich aus drei Dimensionen zusammensetzt. Ein *cleavage* hat:

- ein *empirisches* Element, das sich vor allem über Interessen in konflikthaften Sozialstrukturen manifestiert;
- ein *normatives* Element, d. h. ein einigermaßen kohärentes Set von Werten und Überzeugungen, das die Identität einer Gruppe formt;

3 Zur genaueren Charakterisierung der beiden Lager siehe unten.

4 Alle drei Adjektive sind nicht *a priori* auf den Nationalstaat beschränkt, sondern sind immer auch auf die relevanten Sphären jenseits des Nationalstaats zu beziehen.

- ein *organisatorisches* Element, d. h. Institutionen und Organisationen, wie beispielsweise Parteien, die ihre Mobilisierungsstrategien an der Konfliktlinie ausrichten und diese festigen (Bartolini 2005: 16f.).

Um zu prüfen, ob sich mit der beschleunigten Globalisierung und den gesellschaftlichen wie politischen Widerständen gegen sie eine neue Konfliktlinie herausgebildet hat, die sich mit den Begriffen Kosmopolitismus versus Kommunitarismus beschreiben lässt, sollen alle drei Dimensionen geprüft werden. Was verstehen wir unter den beiden komplexen, philosophischen, nicht zuletzt auch umstrittenen Begriffen? Kosmopoliten optieren mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Intensitäten für die Öffnung der Grenzen: Der möglichst freie Fluss von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Rechten, Menschen und Maßnahmen gegen den Klimawandel sollen nicht durch historisch gewachsene, aber normativ kontingente nationalstaatliche Grenzen behindert oder gar gestoppt werden. Nationalstaatliche Kompetenzen und deren intergouvernementale Kooperation, so ein kosmopolitisches Kernargument, reichen nicht aus, um den Herausforderungen der Globalisierung wirksam zu begegnen. Deshalb müssten auch immer wieder nationalstaatliche Souveränitätsrechte auf supranationale Instanzen übertragen werden. Die Europäische Union (EU) könnte dafür ein Modell sein. Kosmopoliten sind überdurchschnittlich gebildet, verfügen über ein überdurchschnittliches Einkommen, hohes Human- und Kulturkapital; sie präferieren den Multikulturalismus, lehnen Assimilation ab und sind sowohl räumlich wie beruflich sehr mobil. Sie sind tendenziell die Gewinner der Globalisierung. Craig Calhoun (2002) nennt sie nicht frei von gewisser (Selbst-)Ironie die „frequent flyers“ unserer Gesellschaften.

Kommunitaristen können idealtypisch über die jeweiligen Gegenpole zu den kosmopolitischen Charakteristika gezeichnet werden. Sie sind eher unterdurchschnittlich gebildet, verdienen weniger als der Durchschnitt, verfügen über – im Wortsinne – begrenztes Human- und Kulturkapital; sie lehnen Multikulturalismus ab und sind weder räumlich noch professionell jenseits des Nationalstaats sehr mobil. Kommunitaristen tendieren dazu, die Verlierer der Globalisierung zu sein und ein besonderes ökonomisches wie kulturelles Interesse an der Erhaltung nationalstaatlich eng kontrollierter Grenzen zu haben.

Dieses sind knappe idealtypische Konstruktionen. In der Realität werden einzelne Individuen nicht immer alle diese Merkmale in sich vereinen. Je mehr sie es jedoch tun, umso klarer sind sie dem einen oder dem anderen Konfliktpol zuzuordnen. Und je mehr Individuen sich an einem der Pole sehen und nicht in den dazwischenliegenden Mischformen, umso eher werden sich politische und soziale Unternehmer finden, die entlang dieser Endpunkte mobilisieren und den sozialstrukturell angelegten Trend politisch verstärken. Allerdings können einzelne

Personen wie Organisationen durchaus Elemente beider Idealtypen in sich bergen. Dies gilt insbesondere für große kollektive und umfassende Organisationen mit einem weiten Vertretungsanspruch wie etwa Volksparteien.

Noch ein weiterer Vorbehalt ist hier angebracht. Die idealtypischen Figuren des Kosmopoliten oder Kommunitaristen führe ich an dieser Stelle bewusst ohne jegliche normative Präferenz ein. Sie sind schlicht analytische Konzepte. Am Ende werde ich jedoch auf moralische Probleme, wenn nicht gar Dilemmata eingehen, die jeweils beiden Positionen inhärieren. Der einzige Maßstab, an dem die Entwicklung der Konfliktlinien dann „gemessen“ wird, ist ihr Beitrag zu mehr oder zu weniger Demokratie.

3 Konfliktstrukturen

In unserer Untersuchung lassen sich zwei Konfliktdimensionen erkennen: eine ökonomische, an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete einerseits und eine kulturelle, die sich insbesondere an den Fragen der Multikulturalität und der Immigration bzw. der Aufnahme von Flüchtlingen polarisiert. Je mehr beide Dimensionen gemeinsam auf einem Pol überlappen und dies von hinreichend vielen Individuen so gesehen oder gefühlt wird, umso höher ist das sozial-kulturelle Konfliktpotenzial. Oliver Strijbis, Celine Teney und Marc Helbling (2017: Kapitel 2) diagnostizieren in unserer Fünf-Länder-Vergleichsstudie⁵ eine klare Teilung in kosmopolitische Eliten und kommunitaristische „Massen“. Dies wird von anderen Studien mit anderen Begrifflichkeiten geteilt (z. B. Kriesi et al. 2008).⁶ Um zu erklären, warum es diese Spaltung gibt, formulieren die Autoren drei Hypothesen, um sie gleich anschließend zu testen:

- a. Die Spaltung wird insbesondere von ökonomischen Interessen getrieben. Es sind die Eliten, die von der Globalisierung in besonderem Maße profitieren.
- b. Die Spaltung wird vor allem durch die ungleiche Verteilung kognitiver Ressourcen verursacht, wobei die Personen mit den größeren kognitiven Ressourcen (Eliten) zum Kosmopolitismus tendieren und jene mit den geringeren kognitiven Ressourcen eher bei den Kommunitaristen einzuordnen sind.

5 De Wilde, P., R. Koopmans, W. Merkel, O. Strijbis und M. Zürn. 2017 (im Erscheinen). *The Struggle over Borders: The Sociology of Cosmopolitanism and Communitarianism*, t.b.a.

6 In puncto Öffnung der Grenzen sprechen Kriesi et al. (2008) von „integrationists“ und „demarcationists“, wobei sie kaum eine normative Einbettung beider Begriffe vornehmen.

- c. Die Spaltung wird durch die ungleiche Verteilung von kulturellem Kapital verursacht, wobei jene Personen mit transnationalen Netzwerken, häufigen Reisen und Ortswechseln meist für Globalisierung und Kosmopolitismus optieren; und jene, die fast ausschließlich über nationale soziale und professionelle Kontakte und ein „stationäres“ Human- wie Kulturkapital verfügen, haben gute Gründe gegen die Globalisierung und für klar definierte kommunitaristische Gemeinschaften.

Die Daten, um diese drei Hypothesen zu testen, wurden zum einen aus einer Umfrage in fünf Ländern (Deutschland, Polen, Türkei, Mexiko, USA) unter Eliten aus folgenden zwölf Sektoren zwischen 2014 und 2015 gewonnen: Politik, Verwaltung, Justiz, Militär und Polizei, Gewerkschaften, Lobbyorganisationen, Wirtschaft und Finanzen, Forschung, religiösen Institutionen, Zivilgesellschaft, Medien und Kultur. Den Eliten wurden die gleichen Fragen gestellt wie der Allgemeinheit in den World Values Surveys 5 und 6 sowie den Transatlantic Trends Surveys von 2008 und 2009.

Die Ergebnisse sind folgende:

ad a: Die rein ökonomische Hypothese – Eliten profitieren von der Globalisierung, die Durchschnittsbürger tragen dagegen die Hauptlasten – lässt sich nicht hinreichend bestätigen. Zum einen unterscheiden sich die unteren Schichten in den weniger entwickelten Ländern Mexiko und Türkei in ihren Einstellungen kaum von jenen der wirtschaftlich hochentwickelten Gesellschaften Deutschlands und der USA, obwohl Erstere von der Globalisierung absolut profitiert haben, Letztere nicht. Zweitens, und dies spricht noch deutlicher gegen eine vornehmlich ökonomische Erklärung, präferieren die Eliten nicht nur die „ökonomischen“ Variablen Freihandel und Immigration (Arbeitskräfte), sondern räumen auch dem Klimaschutz und der Universalität der Menschenrechte eine deutlich höhere Priorität ein, als dies die Bevölkerung allgemein tut.

ad b: Bildung korreliert dagegen stark mit der Ausbildung von kosmopolitischen Werten: je höher die Bildung, umso stärker die kosmopolitischen Präferenzen. Dabei gibt es auch die Versuchung der Eliten und der oberen Mittelschichten, solche kosmopolitischen Präferenzen als eine besondere Distinktion gegenüber den unteren Schichten und damit zu einer kulturellen Strategie der Statusdifferenzen zu benutzen.

ad c: Am stärksten erklären sich kosmopolitische Einstellungen über „kulturelles Kapital“. Ein solcher Kosmopolitismus beschränkt sich nicht alleine auf politische, rechtliche oder ökonomische Einstellungen, sondern dient der Identität als Welt-

bürger mit einem Lebensstil, der sie als besondere Gruppe mit politischer Weitsicht, distinktem Habitus und hoher moralischer Sensibilität ausweist.

Die wirtschaftliche Interessenlage allein erklärt für die Trennung von kosmopolitischen Eliten und kommunitaristischen „Massen“ relativ wenig. Es sind vor allem Humankapital (Bildung) und kulturelles Kapital, die kosmopolitische Einstellungen und Statusabgrenzungen gegenüber kommunitaristischen Positionen deutlich machen. Trotz der Erklärungsunterschiede überlappen die unterschiedlichen Faktoren, wirtschaftliche Interessenslage, Bildungsniveau und kulturelles Kapital auf den beiden unterschiedlichen personellen Trägergruppen. Damit dürften sich die Trennungslinien weiter akzentuieren und verstetigen. Es gibt deutliche Hinweise, dass sich auf der gesellschaftlichen Ebene eine neue Konfliktlinie herausbildet, die gerade in den entwickelten Staaten mit identitätsstiftenden Narrativen des Kosmopolitismus und einem nationalistischen Kommunitarismus unterfüttert und damit verstärkt werden. Dies hat Auswirkungen auf das Parteiensystem. Die Diskurse und Erfolge der Rechtspopulisten wären ohne diese Konfliktlinie kaum zu erklären. Rechtspopulistische Parteien von zunehmender elektoraler wie politischer Bedeutung haben sich in den meisten Parteiensystemen in West- und Osteuropa etabliert. Davon soll hier aber nicht die Rede sein. Ich will an dieser Stelle vielmehr auf einen besonderen Parteientypus eingehen, der an dieser Konfliktlinie kaum erfolgreich mobilisieren kann, sondern besonderen Schaden zu erleiden droht, weil die Konfliktlinie quer durch Partei und Anhängerschaft geht.

4 Das Dilemma der Volksparteien

In Westeuropa geraten aufgrund des Aufkommens der neuen Konfliktlinie besonders die Volksparteien unter Druck. Die kosmopolitisch-kommunitaristische Konfliktlinie geht mitten durch ihre Programme, ihre Politik, ihre Mitglieder- und Wählerschaft. Die sozialdemokratischen Volksparteien (Mitte-Links) scheinen davon mehr betroffen zu sein als andere Volksparteien, da ihre klassische Programmatik sowohl starke kosmopolitische (internationalistische) und kommunitaristische (Volksheim)⁷ Wurzeln hat. Zudem weisen diese Parteien typischerweise eine kurvenlineare Disparität in ihrer Organisationsstruktur auf. Die Mitgliederbasis

7 „Folkshemmet“ war die begriffliche Leitidee der schwedischen Sozialdemokratie seit den späten 1930er Jahren bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. Die Leitidee umschrieb das Ziel einer kohäsiven und solidarischen Gemeinschaft innerhalb klarer Grenzen.

(und die Wähler) ist häufig in zwei Lager geteilt, die stärker kommunitaristischen Arbeiter auf der einen und die Angehörigen der Mittelschicht mit kosmopolitischen Wurzeln auf der anderen Seite. Dann kommen die mittleren Funktionäre, die, meist aus der aufgestiegenen Mittelschicht stammend, mehrheitlich kosmopolitische Präferenzen verfolgen; schließlich die Parteiführung mit meist kosmopolitischen Überzeugungen, die aber aus wahlstrategischen Gründen auch kommunitaristische Positionen vertreten. Der Konflikt zwischen den Lagern innerhalb wie zwischen den drei Organisationsebenen ist ungelöst und vermutlich unlösbar. So ist dann auch der von Sigmar Gabriel, dem Vorsitzenden der SPD, wiederholt bemühte Slogan von Willy Brandt, die SPD sei „die Partei des donnernden Sowohl-als-auch“, als Versuch zu verstehen, aus der ideologisch-organisatorischen Gespaltenheit eine besondere Responsivität gegenüber dem Wertepluralismus der Gesellschaft zu konstruieren.

Die Mitte-Rechts-Volksparteien sind stärker in der nationalstaatlichen Tradition verwurzelt und traditionell skeptischer gegenüber Multikulturalismus, Minderheitenrechten und Immigration. In dem Maße freilich, in dem die Mitte-Rechts-Parteien kulturell zur Mitte des Parteienspektrums tendieren, „importieren“ sie fast zwangsläufig kosmopolitische Überzeugungen in die eigene Partei und damit den Konflikt zwischen Kommunitaristen und Kosmopoliten. Dies ist der Fall in der CDU seit Beginn der Großen Koalition im Jahr 2013. Der innerparteiliche Konflikt verschärfte sich zusehends seit der 2015 überraschenden und programmatisch nicht gedeckten Wende in der Flüchtlingsfrage seitens der CDU-Spitze um Angela Merkel.⁸ Stellvertretend wurde er dafür mit erheblicher Schärfe zwischen den beiden Schwesterparteien CSU und CDU in der Öffentlichkeit ausgetragen. Kernpunkt waren der kosmopolitisch-kommunitaristische Konflikt der Öffnung und Schließung von Grenzen für Flüchtlinge und Asylsuchende und die Frage, ob der Staat legitimiert sei, Obergrenzen für die Aufnahme beider Flüchtlingsgruppen festzusetzen. Die CDU-Spitze positionierte sich entgegen ihren eigenen programmatischen Positionen in einer überraschenden Wende kosmopolitisch, während die CSU im Einklang mit ihrer programmatischen Tradition auf einer konservativ-kommunitaristischen Position beharrte.

In Europa droht der kosmopolitisch-kommunitaristische Konflikt den schon länger anhaltenden Niedergang der Volksparteien zu beschleunigen. Profitieren werden

Während diese Leitidee in Schweden verblasste, wurde sie von fast allen dänischen Parteien übernommen und mit der Idee eines eher geschlossenen Nationalstaats verknüpft.

8 Die CDU-Spitze hat dies in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 als ein Problem der volksparteilich breiten Mobilisierung ihres Wählerpotenzials verstanden und mit einer erneuten Wende in der Flüchtlings- und Asylpolitik realpolitisch auf eine starke Schließung der Grenzen gesetzt.

davon vor allem die rechtspopulistischen, aber auch die kosmopolitisch-postmaterialistischen Parteien, die sich auf Kosten der traditionellen Mitte-Links-Parteien schon länger etabliert haben. Die populistische Rechte hat wesentliche Teile des hauptsächlich von den stärker kosmopolitiserten Volksparteien preisgegebenen politischen Raums jenseits der traditionellen konservativen Parteien in Westeuropa besetzt. Die dänische Volkspartei, die FPÖ in Österreich, der Front National in Frankreich und Geert Wilders „Partei für die Freiheit“ stellen hier die herausragenden, aber keineswegs einzigen Beispiele. In der Schweiz ist die Schweizer Volkspartei (SVP) in eine Allparteienkoalition eingebunden. In Osteuropa, vornehmlich in Ungarn und Polen, beherrschen illiberale Rechtspopulisten die Regierungskoalitionen.

Die westlichen Gesellschaften haben in den vergangenen vier Jahrzehnten einen tief greifenden Kulturwandel erlebt. Neue Lebensformen, gleichgeschlechtliche Ehen, Chancengerechtigkeit der Geschlechter, Multikulturalismus und ökologische Fragen dominieren die Diskurse und die reale Politik. Sie drängten in den sozialdemokratischen Parteien spätestens im Zuge der „Dritte-Weg“-Politik seit Ende der 1990er Jahre die Verteilungsfrage an den Rand (Merkel et al. 2008). Progressivität wurde zunehmend auch dort primär kulturell, d. h. kosmopolitisch buchstabiert. Kosmopolitische Eliten besetzen aber auch ganz allgemein die Spitzenpositionen in Wirtschaft, Staat, Parteien und Medien. Der kosmopolitische Diskurs der Herrschenden ist zum herrschenden Diskurs in den entwickelten Gesellschaften dies- und jenseits des Atlantiks geworden. Kritik an ihm wird in der öffentlichen Sphäre häufig moralisch delegitimiert. Themen und Begriffe der öffentlichen Diskurse werden argwöhnisch auf ihre moralische Zulässigkeit geprüft und gegebenenfalls auf einen politisch-moralischen Index gesetzt. Diese Diskursverengung hat den Rechtspopulisten fahrlässig den Kampfbegriff der politischen Korrektheit geliefert. Die nostalgische Schließung gegenüber der so sorgsam bewachten kulturellen Modernisierung war die fast folgerichtige – und hilflose – Reaktion einer weniger gebildeten, vor allem männlichen Unter- und (unteren) Mittelschicht sowie von konservativen Individuen quer durch alle Schichten. Diese Gruppen sehen sich als Verlierer der kulturellen Moderne. Bei den Unter- und unteren Mittelschichten überlappen der ökonomische und kulturelle Verliererstatus besonders stark. Die populistische Revolte kann aus dieser Perspektive vor allem als eine Reaktion auf den überschießenden Kosmopolitismus und Moralismus des Mainstream und der Bessergestellten gedeutet werden. Schadet dieser Konflikt der Demokratie?

5 Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie

Konflikte sind der Demokratie nicht neu. Im Gegenteil, einer der großen Vorzüge der Demokratie gegenüber anderen politischen Regimeformen besteht darin, dass sie Konflikte friedlich nach vorher kodifizierten und legitimierten Verfahren zu lösen vermag. Worin könnte dann die besondere Herausforderung für unsere Demokratien liegen, wenn sich die neue Konfliktlinie etabliert? Drei dieser Herausforderungen sollen hier kurz diskutiert werden.

5.1 Polarisierung

Die Positionen von Kosmopoliten und chauvinistischen Kommunitaristen⁹ besetzen normativ entgegengesetzte Pole. Das gilt für die Theorie wie für die praktische Politik. In der Parteienlandschaft findet diese Polarisierung ihre konfrontative Form in der Gegenüberstellung der etablierten Parteien des demokratischen Verfassungsbogens und den rechtspopulistischen Parias in der Grauzone von Demokratie und Autoritarismus. Der demokratische Mainstream von Habermas bis Lijphart, von der Deliberation bis zur Konkordanz, von CDU bis SPD findet eine Polarisierung in der Demokratie nicht wünschenswert. Die Vernunft, der Ausgleich, die macht- und interessenentlastete Deliberation oder zumindest die konfliktarme Aushandlung eines Interessenausgleichs gelten als Essenz einer postideologischen Politik des 21. Jahrhunderts. Die großen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien, die partnerschaftlichen Interessenverbände und die Technokraten waren die Champions solcher Politik. Sie wurden normativ hofiert oder hofierten sich meist selbst als die entpolarisierenden Integrationsinstanzen der Demokratien nach 1945. Die Integrationserfolge dieser Politik waren beachtlich. Die Schattenseiten sind jedoch ebenfalls unübersehbar: Der Reichtum der Reichen wurde größer, die Armut der Armen verhärtete sich, das neoliberale Paradigma prägte Märkte wie wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten; konservative und reaktionäre Traditionalisten wurden mit moralischen Argumenten aus dem Mainstream der öffentlichen Diskurse ausgegrenzt. Sie und die unteren Schichten konnten der „ökonomischen Rationalität“ (das Versprechen des *trickle-down effects*) und kosmopolitischen Ver-

9 Hier sei noch einmal erinnert, dass ich zwischen zwei grundsätzlichen Varianten innerhalb des weiten Spektrums des Kommunitarismus unterscheide: der sozialdemokratischen Version der solidarischen und kohäsiven Gemeinschaft und der nationalistisch-chauvinistischen Variante der Exklusion der oder des Anderen.

nunft (Universalität, offene Grenzen, Supranationalität) immer weniger abgewinnen. Lange reagierten sie mit dem resignierten Rückzug aus der politischen Teilhabe.

Diesen Sachverhalt greifen Postmarxisten und Links-Schmittianer wie Chantal Mouffe (2005) und Ernesto Laclau (2005) auf, indem sie das hohe Lied auf die Repolitisierung und polarisierte Auseinandersetzung in einer Gesellschaft singen, die selbst von antagonistischen (Klassen-)Gegensätzen geprägt ist. Polarisierung, so ihr ernst zu nehmendes Argument, führe zu einer ehrlicheren politischen Auseinandersetzung. Sie fördere zudem die politische Partizipation und bringe Teile der ausgegrenzten, weniger privilegierten und weniger gebildeten Schichten zurück in die politische Debatte. Polarisierung wird als Therapeutikum gegen die Politikverdrossenheit gepriesen.

Programmatische Alternativen, die in konsensdemokratischen Konstellationen und behaupteter „alternativloser Politik“ unter den großen Parteien kaum mehr erkennbar waren, so die Argumentation, werden nun wieder sichtbar. Allerdings vollzieht sich unter den harten ökonomischen Restriktionen global entfesselter Märkte die Polarisierung weniger in der ökonomischen als in der kulturell-identitären Sphäre. Nicht die kommunitaristische Einhegung der Ungleichheit erzeugenden Märkte steht oben auf der populistischen Agenda, sondern der Kampf gegen das Fremde oder gar die Fremden. Die Entfremdung der wenig kosmopolitischen unteren Schichten wird in Fremdenfeindlichkeit umgemünzt. Das pluralistisch-legitime Anliegen, nicht vom politischen Diskurs ausgegrenzt zu werden, droht die rechten Ränder mit undemokratischen Inhalten zu besetzen. Rechtspopulistische Inhalte sind keineswegs per se undemokratisch. Sie werden es aber, wenn entlang rassistischer, ethnischer, religiöser oder geschlechtlicher Unterschiede die beiden grundlegenden demokratischen Prinzipien der freien Gleichheit und gleichen Freiheit eingeschränkt werden.

Ja, die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung stärkt in antagonistischen Gesellschaften die Demokratie, behaupten Links-Schmittianer wie Mouffe und Laclau. Über Laclau¹⁰ und Mouffe hinaus könnte man argumentieren, die politische Beteiligung nehme durch die politisierte neue Konfliktlinie zu, und den unteren wie entfremdeten Schichten werde wieder eine politische Stimme verliehen. Ja, müssten aber auch pluralistische Theoretiker der demokratischen Repräsentation antworten. Die Institutionen und Verfahren der rechtsstaatlichen Demokratie zeigen

10 Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass Laclau (2005) selbst den Rechtspopulismus als eine falsche Antwort auf die „postdemokratische Konstellation“ sieht, da jener mit einem ethnisch-essentialistischem Nationsverständnis, den eigentlichen Kern des Politischen verkenne (anders als bei Schmitt) und insofern die falsche Politisierung provoziere.

nämlich einmal mehr ihre Adaptionen- und Reproduktionsfähigkeit, indem sie die Repräsentationslücke, die von den etablierten Parteien verursacht wurde, nun durch neue Parteien schließt. Dies ist das Wesen pluralistischer Repräsentation. Da aber diese neue Repräsentation mit demokratie-unterminierenden Inhalten die Demokratie selbst beschädigt, liegt es nun bei den etablierten demokratischen Parteien, diese politischen Räume im pluralistischen Wettbewerb mit guten Argumenten und einer reaktiven wie verantwortungsvollen Politik zurückzuerobern. Das ist das Spiel der liberalen Demokratie, die den Pluralismus ernst nimmt und nicht in einer paradoxen Intervention mit undemokratischen Verboten oder moralischer Ausgrenzungen die Demokratie gegen die tatsächlichen oder vermeintlichen Demokratiefeinde zu retten versucht.

Allerdings darf demokratische Politik nicht einfach rechtspopulistische Politik kopieren, um rechtspopulistischen Parteien das Wasser abzugraben. Aber auch Kosmopoliten sollten nicht mit der kognitiven und moralischen Arroganz der Bessergebildeten kommunitaristische Positionen – selbst wenn sie einen nationalistischen Subtext aufweisen – als moralisch unzulässig vom Diskurs ausgrenzen. Dies provoziert eher, was es verhindern will, nämlich jene stetig zunehmenden Teile der Bevölkerung, die nach Repräsentation suchen, den Rechtspopulisten in die Arme zu treiben.

5.2 Demokratiemodell

Kosmopoliten reklamieren nicht zu Unrecht eine moralische Überlegenheit ihrer Sensibilität gegenüber Menschenrechts- und Flüchtlingsfragen. Haben sie aber auch das bessere Demokratiekonzept? Daran ist zu zweifeln. Kosmopoliten optieren, wenn sie nicht realitätsentrückt für eine demokratische Weltregierung, Weltparlamente und eine Weltzivilgesellschaft votieren, für eine bereitwillige Abgabe nationalstaatlicher Souveränitätsrechte an internationale Organisationen und supranationale Regime. Dies gilt von der UNO bis zur EU, von Freihandelsabkommen bis zum IWF, von Weltklimakonferenzen bis zu den fiskalpolitischen Direktiven gegenüber den hochverschuldeten Ländern der Eurozone. Die kosmopolitische Argumentation basiert auf zwei Säulen: einer funktionalistischen und einer normativen. Funktionalisten argumentieren, dass die Welt mittlerweile so stark vernetzt sei, dass transnationale Probleme zunehmen und nur noch wirkungsvoll nationalstaatsübergreifend bekämpft werden könnten. Der Nationalstaat müsse sich abfinden, in ein Mehrebenensystem effizienten Regierens eingebunden zu werden. Effizienz und Effektivität überstaatlichen Handelns werden damit zum legitimatorischen Fluchtpunkt der Souveränitätsteilung. Demokratieverluste in

Fragen Partizipation, Transparenz, Gewaltenprobleme oder Zurechenbarkeit von Entscheidungen werden entweder überhaupt nicht thematisiert oder als Kollateralschäden einer nicht aufzuhaltenden Trans- und Supranationalisierung von *polity*, *politics* und *policies* hingenommen.

Neben dieser in der *Governance*-Forschung weitverbreiteten funktionalistischen Sichtweise bemühen Kosmopoliten wie Thomas Pogge (1992) oder David Held (2010) auch das normative Argument, dass jene, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch eine Mitsprache haben sollten. Dieses Argument geht auf das alte römische Privatrecht zurück, wurde im *Codex Justinianus* festgehalten und vom Verfassungstheoretiker Hans Kelsen (1925) im Völkerrecht prominent gemacht. Kelsen benutzt dieses Argument explizit dazu, um nationalstaatliche Demokratien von Diktaturen abzugrenzen. Dies macht im nationalen Kontext durchaus Sinn. Im internationalen Zusammenhang würde das Betroffenheitsargument *in extremis* allerdings dazu führen, dass die übrige Welt stets auch bei den Entscheidungen der USA mitzureden hätte, weil diese meist auch den Rest der Welt mit betreffen. Diese Forderung mag normativ begründbar sein, politisch ist sie ebenso sinnlos wie naiv.

5.3 Supranationalität und ihre Demokratiekosten

Die supranationale Ausdehnung der Demokratie hat Kosten. Je größer und komplexer politische Räume sind, umso weniger lassen sie sich demokratisch regieren, wie der Doyen der Demokratieforschung, Robert Dahl (1989: 213ff.), darlegt. Zentrale normative Güter der Demokratie wie die gleichberechtigte Partizipation der Bürger, die Transparenz und Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen, der Parlamentsvorbehalt oder die vertikale und horizontale Herrschaftskontrolle lassen sich in der Tat weit weniger überzeugend jenseits des Nationalstaats als in seinen Grenzen realisieren. Auch Kosmopoliten würden dies wohl nicht abstreiten. Der funktionalistische Trumpf der Unausweichlichkeit von Mehrebenenentscheidungen sticht aber meist die normativen Bedenken des Demokratieverlusts. Der Nachweis, dass die Entscheidungen der UNO, des IWF oder auch nur der EU mehrheitlich als besonders effizient oder gar weise klassifiziert werden können, steht allerdings noch aus. Die partielle Blockade oder Implementationsverweigerung von Entscheidungen der EU ist gerade seit den vergangenen Erweiterungs- und Vertiefungsrunden ganz offensichtlich. Sie sendet ein Warnsignal an die Befürworter des Regierens jenseits des Nationalstaats.

Die nationalistische Verweigerung supranationaler Koordination dürfte aber ebenso wenig demokratie- wie zukunftsstauglich sein. Es muss ein dritter Weg gefunden werden zwischen der kosmopolitischen Großzügigkeit bei der Aufgabe

nationalstaatlicher Souveränitätsrechte und dem Rückzug in die kommunitaristische Fluchtborg des Nationalstaats. Dani Rodrik, Ökonom an der Harvard University, hat jüngst zumindest die Richtung angedeutet: „Dünne supranationale Regeln“, so der Ökonom, müssen mit den „dicken Regeln des demokratischen Nationalstaats“ verbunden werden (Rodrik 2011). Es sollen durchaus supranationale Rahmenregulierungen etabliert werden, die aber dann nationalstaatlich spezifiziert werden können. Auch Austrittsoptionen müssen erleichtert werden. Das verhindert die Überformung demokratisch festgelegter Güter durch globalisierte Märkte und vermachtete Exekutivkoalitionen. „Demokratien“, so Rodrik, „haben das Recht, ihre soziale Ordnung zu schützen; und wenn dieses Recht mit den Erfordernissen der globalen Wirtschaft kollidiert, ist es letztere, die zurückstehen sollte“ (Rodrik 2011: xix – Übersetzung WM). Dieser dritte Weg ist als keineswegs äquidistant zwischen der globalen Scylla und der nationalstaatlichen Charybdis. Er gibt der nationalstaatlichen Demokratie einen Vorrang, solange diese politische Entscheidungen demokratischer organisieren kann als internationale Verträge und supranationale Regime. Es ist nicht nur der normative Primat der Demokratie, der hier trägt. Es ist auch ein Akt der politischen Klugheit, dem grassierenden Rechtspopulismus die Argumentationsgrundlagen demokratisch zu entwenden.

6 Schlussbemerkung

Eine neue Konfliktlinie beginnt in Europa, die Parteienlandschaft zu verändern. Die Rechtspopulisten verdanken ihr in der national-chauvinistischen Variante des Kommunitarismus einen wichtigen Teil ihrer Erfolge. Erklären lässt sich der sich formierende *cleavage* mit einer Repräsentationslücke in den europäischen Parteiensystemen. Es hat sich in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine anwachsende Gruppe von Bürgern gebildet, die sich weder ökonomisch noch diskursiv oder kulturell von den etablierten Parteien repräsentiert fühlt. In dieser Repräsentationslücke haben sich die Rechtspopulisten eingenistet. Die ökonomische und die kulturelle Konfliktlinie durchschneiden sich kaum, sondern überlappen und verstärken sich. Die Tatsache, dass sich in einigen Ländern wie Frankreich, Österreich und Deutschland die etablierten Parteien und Medien in informellen Notstandscoalitionen gegen die Rechtspopulisten zusammentun, verstärkt deren politische Bedeutung nicht unerheblich. Sie werden längst nicht mehr als marginale Vereinigungen angesehen, sondern als denkbare Regierungsparteien bekämpft. Die Tatsache, dass in den USA mit Trump ein Politiker an die Spitze des mächtigsten Staats des Erdballs gewählt wurde, der mit populistischen Techniken und Posi-

tionen mehrheitsfähig geworden ist, dürfte die Konfliktlinie vertiefen sowie den Status, die Bedeutung und Fortdauer der Rechtspopulisten so lange noch weiter bestärken, wie die etablierten Parteien die aufgerissene Repräsentationslücke nicht schließen können.

Literatur

- Allardt, E. und P. Pesonen. 1967. Cleavages in Finnish Politics. In Lipset, S. M., und S. Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments*, 325-366. New York: Free Press.
- Bartolini, S. 2005. *Restructuring Europe. Centre Formation, System Building, and Political Structuring between the Nation State and the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- Calhoun, C. 2002. "Imagining Solidarity: Cosmopolitanism, Constitutional Patriotism, and the Public Sphere." *Political Culture* 14 (1), 141-71.
- De Wilde, P., R. Koopmans, W. Merkel, O. Strijbis und M. Zürn. 2017. *The Struggle over Borders: The Sociology of Cosmopolitanism and Communitarianism*, (im Erscheinen).
- Dahl, R. 1989. *Democracy and Its Critics*. New Haven, London: Yale University Press.
- Eckstein, H. 1966. *Division and Cohesion in Democracy: A Study of Norway*. Princeton: Princeton University Press.
- Held, D. 2010. Principles of Cosmopolitan Order. In Brown, G. W., und D. Held (Hrsg.), *The Cosmopolitan Reader*, 229-247. Cambridge: Polity Press.
- Kelsen, H. 1925. *Allgemeine Staatslehre. Enzyklopädie der Rechts- und Sozialwissenschaften*, 23. Band. Berlin: J. Springer.
- Kriesi, H., E. Grande, R. Lachat, M. Dolezal, S. Bornschier und T. Frey. 2008. *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laclau, E. 2005. *On Political Reason*. London: Verso.
- Lipset, S. M., und S. Rokkan (Hrsg.). 1967. *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York, London: Free Press.
- Mouffe, C. 2005. *The Democratic Paradox*. London: Verso.
- Merkel, W., A. Petring, C. Henkes und C. Egle. 2008. *Social Democracy in Power. The Capacity to Reform*. London, New York: Routledge.
- Pogge, T. 1992. "Cosmopolitanism and Sovereignty." *Ethics* 103(1), 48-75.
- Rodrik, D. 2011. *The Globalization Paradox: Democracy and the Future of the World Economy*. New York: W. W. Norton.
- Strijbis, O., C. Teney und M. Helbling. 2017. *Why Are Elites More Cosmopolitan than the Masses?* (im Erscheinen).

Parties, Governments and Elites

The Comparative Study of Democracy

Harfst, P.; Kubbe, I.; Poguntke, Th. (Eds.)

2017, VI, 322 p. 22 illus., Softcover

ISBN: 978-3-658-17445-3